



JUNGE UNION
Schleswig-Holstein

IT-Sicherheit und Cyberkriminalität:

Digitale Sicherheit umfassend gewährleisten

Leitantrag zum Schleswig-Holstein-Rat
am 31. Oktober 2015 in Lütjenburg

Antragsteller: Birte Glißmann, Jonas Hannig, Jakob Pape, Telse Dierks
(für die Kommission Innen und Recht).

1 **Digitale Sicherheit**

2
3 In der Zeit der Digitalisierung kommen viele neue Herausforderungen auf uns zu. Jedoch begegnen
4 uns nicht nur positive Entwicklungen, es entstehen auch neue Gefahren wie Kriminalität im
5 Internet.

7 **Schleswig-Holsteins Digitale Sicherheit erhöhen**

8
9 Cyberkriminalität oder auch IuK-Kriminalität, das heißt Straftaten, die mithilfe von
10 Informations- und Kommunikationstechniken begangen werden, haben in den letzten
11 Jahren einen nicht unerheblichen Teil an Schaden in Deutschland angerichtet. Kriminelle nutzen
12 jede Möglichkeit der modernen Technik für ihre Verbrechen, ob Kinderpornografie, Betrugsdelikte
13 oder die Vernetzung von Tätern und kriminellen Banden auf der ganzen Welt. Doch weder die
14 Polizei noch das dafür eingerichtete nationale Cyber Abwehrzentrum können derzeit Herr der Lage
15 werden.

16
17 Der Landespolizei fehlt es an Stellen für motivierte Fachkräfte, die Spezialisten auf diesem Gebiet
18 sind. Oft haben junge Polizisten nicht die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten zu nutzen, da sie in
19 anderen Bereichen der sowieso schlecht besetzten Landespolizei eingesetzt werden müssen. Die
20 Landespolizeien brauchen eigene Einheiten, die sich nur um die Verbrechen mit Informations- und
21 Kommunikationstechniken befassen.

22
23 Das Landeskriminalamt Schleswig-Holstein hat Probleme, die bei den Ermittlungen anfallenden
24 immer größeren Datenmengen zu bearbeiten und auszuwerten. In der Vergangenheit ist es
25 deshalb dazu gekommen, dass private IT-Firmen mit der Analyse beauftragt wurden. Für diese
26 Prüfungen gibt es keine einheitlichen Richtlinien und es ist in Frage zu stellen, ob alle Mitarbeiter
27 in den Unternehmen sachgemäß sicherheitsüberprüft werden und die Daten dort sicher sind.
28 Durch diese Vorgehensweise entsteht ein Risiko des Datenmissbrauchs, welches minimiert werden
29 muss. Dafür braucht das Landeskriminalamt mehr zugewiesene Stellen.

30
31
32 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert daher:

- 33
- 34 ➤ die Schaffung von Stellen in der Landespolizei und beim LKA für den Bereich
- 35 Cyberkriminalität.
- 36 ➤ den Ausbau der Landespolizei um eine Einheit für Cybersicherheit.
- 37

39 **Digitale Sicherheit umfassend gewährleisten**

40
41
42 Cyberkriminalität macht jedoch weder an Landes- noch an Bundesgrenzen halt. Umso wichtiger
43 sind die Vernetzung und die Zusammenarbeit verschiedener Behörden in diesem Bereich.

44
45 Auf Bundesebene hat sich das Cyber-Abwehrzentrum aus verschiedenen Behörden unter der
46 Federführung des Bundesamtes für Sicherheit und Informationstechnik gebildet. Nicht nur
47 Fachleute sondern auch der Bundesrechnungshof bemängelt die personelle Ausstattung von nur
48 10 Mitarbeitern dieses Abwehrzentrums. Die kooperative Zusammenarbeit zwischen Bundesamt
49 für Verfassungsschutz (BfV), Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK),
50 Landeskriminalamt (LKA), Bundespolizei (BPol), Zollkriminalamt (ZKA), Bundesnachrichtendienst
51 (BND) und der Bundeswehr im Cyber-Abwehrzentrum muss auf EU-Behörden ausgeweitet werden.
52 Durch eine personelle Besserstellung des Abwehrzentrums könnte außerdem die wichtige
53 Präventionsarbeit im Zusammenhang mit Informationen und Frühwarnungen gegen Cyberangriffe

54 ausgeweitet werden. Um diese Aufgaben zu bewältigen, bedarf es an erster Stelle an Fachkräften
55 im Bereich der Cyberkriminalität.

56
57 Auf europäischer Ebene arbeiten im Europäischen Zentrum zur Bekämpfung der Cyberkriminalität
58 (EC3) gerade einmal 40 Mitarbeiter. Aus unserer Sicht reicht das bei Weitem nicht aus, um
59 insbesondere Terrororganisationen wie dem IS oder großen kriminellen Netzwerken Paroli bieten
60 zu können. Wir begrüßen ausdrücklich, dass zwischen den USA und China eine verstärkte
61 Kooperation im Kampf gegen die Cyberkriminalität beschlossen wurde. Europa darf hier nicht
62 außen vor bleiben!

63
64 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert daher:

- 65
- 66 ➤ eine deutliche Erhöhung des Personales für das nationale Cyber-Abwehrzentrum auf
67 mindestens 50 Mitarbeiter.
- 68 ➤ eine deutliche Erhöhung des Personales für das EC3 auf mindestens 100 Mitarbeiter.
- 69 ➤ eine Kooperation des nationalen Cyber-Abwehrzentrums mit EU Behörden.
- 70 ➤ die Förderung der Ausbildung von Sicherheits- und Fachkräften im Bereich der Cyber-
71 Kriminalität.

72
73

74 **Cybersicherheit für die Wirtschaft und Verbraucher gewährleisten**

75

76 Betroffen von Cyberkriminalität ist auch und vor allem die Wirtschaft. Die Zahlen der von
77 Computerangriffen betroffenen Unternehmen steigen von Jahr zu Jahr rasant an. Hierunter fallen
78 neben Datendiebstahl und Ausspähen oder Abfangen von Daten z.B. auch Manipulation von
79 Finanzdaten, Systembeschädigungen oder Erpressungen.

80

81 Doch noch immer verdrängen viele Unternehmen, insbesondere kleine und mittelständische, das
82 Risiko eines solchen Angriffs. Dabei liegt der durch Cyberangriffe verursachte wirtschaftliche
83 Schaden in Deutschland zurzeit bei rund 50 Mrd. Euro im Jahr.

84

85 Unternehmer müssen durch mehr Informationen aufgeklärt und für das Thema sensibilisiert
86 werden. Handlungsempfehlungen über Mindeststandards für IT- Sicherheit sollten von zentralen
87 Stellen an die Unternehmen gegeben werden, um Aufklärung zu gewährleisten.

88

89 Um Unternehmen, aber auch Endverbraucher besser zu schützen, müssen Hersteller, wie auch bei
90 anderen Produkten, in die Verantwortung genommen werden. Produkte müssen vor Eintritt auf
91 den Markt auf später mögliche Angriffslücken untersucht werden. Auch hier sind
92 Mindeststandards und die Möglichkeit, diese mittels technischer Methoden zu prüfen,
93 unerlässlich.

94

95 Sicherheit von Produkten und Dienstleistungen müssen bei Markteintritt weitestgehend
96 gewährleistet werden. Im häuslichen Bereich eingesetzte Produkte und der Bereich des
97 automatisierten Fahrens müssen vor Hackerangriffen geschützt sein.

98

99

100 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert daher:

101

- 102 ➤ mehr Informationen und Sensibilisierung durch zentrale Stellen.
- 103 ➤ die Schaffung von Handlungsempfehlungen/-anweisungen über Mindeststandards für IT-
104 Sicherheit in Unternehmen.
- 105 ➤ die Schaffung von Mindeststandards für Sicherheit von Produkten und Dienstleistungen
106 vor Markteintritt.
- 107 ➤ Möglichkeiten, die Produktsicherheit technisch zu prüfen.

108 **Verfolgung von Straftaten im Netz**

109

110 Durch die Behörden alleine ist das Aufdecken von Straftaten im Netz nicht zu leisten. Insbesondere
111 in der Anonymität von Nachrichtenplattformen, Internetforen und Computerspielen kommen viele
112 junge Menschen schon früh in Kontakt mit rassistischen und gewaltverherrlichenden Forderungen
113 und Beleidigungen. Viele der renommierten großen Nachrichtenplattformen haben ein
114 funktionierendes System zur Eindämmung von derlei Aussagen. In vielen kleineren Plattformen,
115 Internetforen und insbesondere in der Welt der Computerspiele werden in nicht wenigen Fällen
116 keine vernünftigen Lösungen gefunden. Wir als Junge Union fordern von den Betreibern solcher
117 Dienste dies bestmöglich zu gewährleisten. Uns ist dabei klar, dass die Nutzer nur bedingt in ihrem
118 Handeln einzuschränken sind und wir halten dies auch nicht für die richtige Lösung. Vielmehr muss
119 Fehlverhalten konsequenter geahndet werden. Wer gegen geltendes Recht verstößt, wird, sofern
120 es ein funktioniertes Meldesystem gibt, oft von der Community dem Betreiber gemeldet. Dieses
121 System funktioniert nur solange, wie die Community das Gefühl hat, dass ihr Engagement für das
122 Recht auch Konsequenzen für die Straftäter zur Folge hat. Deswegen darf es nicht bei kurzfristigen
123 Sperrern und Kommentier/Spiel-Verboten bleiben.

124

125 Beobachtet oder liest der Nutzer eine Straftat im Internet, so muss er die niedrigschwellige
126 Möglichkeit bekommen, dies zur Anzeige zu bringen. Dafür müssen die Möglichkeiten der online -
127 Anzeige stärker in die Bevölkerung kommuniziert werden. Die Verfolgung von Straftaten darf dann
128 natürlich nicht an der Unterbesetzung der Polizei scheitern - hier sehen wir die Landesregierung in
129 der Pflicht.

130

131 Die Unschuldsvermutung muss auch im Netz gewährleistet bleiben. Das öffentliche
132 Zurschaustellen von zu kritisierenden Kommentaren halten wir für falsch und strafwidrig.

133

134 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert daher:

135

136 ➤ dass Betreiber von größeren Diensten ein funktionierendes Meldesystem für Fehlverhalten
137 innerhalb ihres Dienstes betreiben müssen.

138 ➤ dass auf Straftaten innerhalb von Communities, von Seiten des Betreibers, mit Anzeigen
139 reagiert werden muss.

140 ➤ ein für den Kläger transparenteres Verfahren bei der Verfolgung von Straftaten.

141 ➤ die Durchsetzung der Unschuldsvermutung auch im Netz.

142

143

144

145 **Digitale Sicherheit im alltäglichen Leben**

146

147 Die digitale Welt entwickelt sich weiter und ist längst nicht mehr nur im Smartphone oder
148 Computer zuhause. Wir begrüßen sehr die Entwicklungen, insbesondere im Bereich des
149 autonomen Fahrens in der Automobilindustrie. Die eingerichtete Teststrecke auf der A9 darf in
150 Deutschland nicht die Einzige bleiben, in der die Industrie testen darf. Wir heißen es für gut, dass
151 Volvo erklärt hat, die Haftung für ihr autonom fahrendes Autos zu übernehmen. Diesen Schritt
152 halten wir auch für die anderen Automobilhersteller für unerlässlich, um eine Zulassung von
153 autonomen Fahrzeugen zu gewährleisten.

154

155 Wir sehen allerdings auch die Probleme, die diese und viele andere neue Techniken mit sich
156 bringen. Wir fragen uns, ob und wie eine Maschine die ethische und rechtliche Entscheidung im
157 Ernstfall richtig lösen soll. Zulassungen dürfen erst erfolgen, wenn diese Fragen zufriedenstellend
158 gelöst wurden.

159

160 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

161

162 ➤ mehr Teststrecken für autonomes Fahren.

163 ➤ eine Haftungszusage der Hersteller, für durch autonomes Fahren entstandene
164 Schäden.

165 ➤ eine intensive Debatte über die ethischen und rechtlichen Fragestellungen für
166 autonom handelnde Maschinen.

167

168

169 **Vorratsdatenspeicherung**

170

171 Ein wirksamer Schutz gegen Straftaten kann durch eine Vorratsdatenspeicherung nicht gelingen,
172 da es, zum Beispiel durch diverse Proxy-Server und öffentliche WLAN-Zugänge zahlreiche
173 Möglichkeiten für Kriminelle gibt, die Verfolgung zu umgehen. Zudem zeigt eine Studie des
174 Bundeskriminalamtes aus dem Jahr 2005, dass sich die Aufklärung von Straftaten durch die
175 Speicherung nicht signifikant erhöht hat. Es kann nicht sichergestellt werden, dass nicht auch
176 Daten gespeichert werden, die sensible Informationen enthalten. So wird zum Beispiel das für die
177 Berufsgruppen sehr wichtige Berufsgeheimnisse bei Ärzten und Anwälten untergraben, genauso
178 wie das im Gesetz festgeschriebene Beichtgeheimnis. Die Erfahrungen aus und mit den USA zeigen
179 außerdem, dass die Sicherheit der Daten aller Bundesdeutschen nicht hinreichend geschützt
180 werden kann.

181

182 Die Junge Union Schleswig-Holstein lehnt in Folge dessen eine Vorratsdatenspeicherung ab.